

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG  
**ESTLAND**



Terrorismuswatch | #terrorism\_watch  
[www.terrorismuswatch.de](http://www.terrorismuswatch.de)  
[buero@terrorismuswatch.de](mailto:buero@terrorismuswatch.de)

Die Terrorismusbekämpfung in Estland ist als kohärentes Sicherheits- und Rechtsregime organisiert, das strafrechtliche, nachrichtendienstliche, polizeiliche und präventive Elemente miteinander verbindet. Die offene Quellenlage zeigt ein System mit klaren Zuständigkeiten, starker internationaler Einbindung und einem Schwerpunkt auf Früherkennung, Abwehr und Fallbearbeitung.

Estland verfügt über ein in das allgemeine Strafrecht integriertes Rechtsregime zur Terrorismusbekämpfung. Das Strafgesetzbuch erfasst terroristische Handlungen in einem Abschnitt zu Straftaten gegen die Staatsgewalt und stellt unter anderem Taten unter Strafe, die die Bevölkerung terrorisieren oder den Staat beziehungsweise internationale Organisationen zu einem bestimmten Verhalten zwingen sollen. Erfasst werden dabei auch Vorbereitungs- und Begleitformen wie die Herstellung, Verbreitung oder Nutzung verbotener Waffen, erhebliche Sachbeschädigung, Störungen von Computersystemen sowie die Androhung solcher Taten, wenn sie in terroristischer Zielrichtung erfolgen

Ein weiterer zentraler Bereich ist die Strafbarkeit der Mitgliedschaft in terroristischen Organisationen. Das Strafgesetzbuch enthält hierzu Bestimmungen, die auf dauerhafte Organisationen von drei oder mehr Personen zielen, sofern deren Tätigkeit auf Terrorismusdelikte ausgerichtet ist. Daneben nennen die Quellen gesetzliche Grundlagen zu Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung, Staatsgeheimnissen, verdeckten Maßnahmen, Strafprozessrecht und Sicherheitsbehördenrecht.

Zu den verfahrensrechtlichen Instrumenten gehören erweiterte Einziehung, Wertersatzeinziehung, Vermögensabschöpfung bei Dritten sowie die Verwendung von Informationen aus nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Strafverfahren. Für die Überwachung Verdächtiger gilt nach den vorliegenden Angaben grundsätzlich kein Sonderregime, sondern ein gleichförmiger rechtsstaatlicher Rahmen für die zuständigen Stellen. Spezifische Notstandsbefugnisse im engeren Sinn werden in den offenen Quellen nur allgemein angesprochen; dort wird darauf verwiesen, dass akute Krisenlagen auf bestehende sicherheits- und strafprozessuale Grundlagen gestützt werden.

### **Institutionelle Strukturen**

Die zentrale Institution der estnischen Terrorismusbekämpfung ist der Inlandsnachrichtendienst Kaitsepolitsei amet, kurz KAPO. KAPO ist zuständig für den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung, die Spionageabwehr, Terrorismusbekämpfung, die Untersuchung bestimmter Staatsverbrechen sowie die Bearbeitung von Delikten im Zusammenhang mit Waffen, Explosivstoffen, Radioaktivität und strategischen Materialien. Der Dienst untersteht dem Innenministerium und arbeitet mit nachrichtendienstlichen wie polizeilichen Befugnissen.

Die operative Struktur von KAPO umfasst regionale Abteilungen, die Feldoperationen, Ermittlungen und Überwachung in unterschiedlichen Bedrohungsräumen durchführen. Ergänzend existiert eine wirtschaftssicherheitsbezogene Spezialabteilung, die sich unter anderem mit Korruption in der Verteidigungsbeschaffung,

Sanktionsdurchsetzung und Sicherheitsprüfung ausländischer Investitionen befasst. Außerdem wird KAPO in den Quellen als nationale Koordinierungsstelle für CBRN-Bedrohungen beschrieben, also für chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren.

Auf polizeilicher Ebene ist die Police and Border Guard Board, kurz PBGB, die zentrale Behörde für polizeiliche Gefahrenabwehr und Grenzsicherheit. Sie ist für erste Reaktionen bei sicherheitsrelevanten Vorfällen zuständig und spielt insbesondere an der EU-Außengrenze sowie bei Transit- und Grenzlagen eine wichtige Rolle. Zusätzlich wird eine spezialisierte Anti-Terror-Einheit im Polizeibereich genannt, das K-Kommando, das für Antiterroroperationen eingesetzt wird.

Die Streitkräfte sind in Estland primär auf die äußere Verteidigung ausgerichtet, werden aber als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsarchitektur verstanden. Ergänzend wird die freiwillige Verteidigungsorganisation Kaitseliit als Element gesellschaftlicher Resilienz und innerer Stabilisierung beschrieben. Die operative Führungsrolle bei terroristischen Lagen liegt nach den offenen Quellen jedoch bei KAPO.

### **Nationale Strategien**

Estland verfolgt einen deutlich präventiven Ansatz in der Terrorismusbekämpfung. Die Strategie ist auf Früherkennung, Überwachung extremistischer Online-Inhalte, Analyse individueller Risikomuster und die Vermeidung von Eskalationen ausgerichtet. Der Gesamtbedrohungsgrad bleibt nach den Quellen niedrig, weshalb die Behörden ihren

Schwerpunkt auf präventive und fallbezogene Maßnahmen legen

Ein zentrales Element ist der nationale Aktionsplan zur Radikalisierungsprävention. Dieser Plan sieht ein Interventionsmodell für bereits radikalisierte Personen vor und soll helfen, gewalttätiges Handeln zu verhindern oder Rückfälle zu vermeiden. Dafür ist ein Unterstützungsnetzwerk vorgesehen, das je nach Bedarf Sozialarbeiter, Pädagogen, Psychologen, Mentoren sowie bei Bedarf Polizei- oder Strafvollzugsbeamte einbezieht.

Die Behörden setzen zudem auf Prävention in Bildungs- und Sozialbereichen. Schulungsmaterialien, Leitlinien und Frühwarnstrukturen für Fachkräfte, die mit Jugendlichen arbeiten, sind Teil der politischen Ausrichtung. Die Quellen betonen, dass Radikalisierung als Prozess verstanden wird, der nicht abrupt entsteht, sondern über längere Zeit sichtbar wird und deshalb früh unterbrochen werden soll.

Ein gesondertes, groß angelegtes Deradikalisierungsprogramm nach dem Vorbild größerer westeuropäischer Staaten ist in den offenen Quellen nicht klar ausgewiesen. Die Berichte sprechen vielmehr von einer Kombination aus nachrichtendienstlicher Frühwarnung, strafrechtlicher Verfolgung und behördenübergreifender Prävention.

### **Internationale Zusammenarbeit**

Estland ist eng in die europäische und transatlantische Sicherheitsarchitektur eingebunden. Die Quellen nennen ausdrücklich die Zusammenarbeit mit Sicherheits- und

Strafverfolgungsbehörden anderer Staaten sowie mit internationalen Organisationen. Im Zentrum stehen Informationsaustausch, Koordination bei Radikalisierungsrisiken, Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Abstimmung bei hybriden Bedrohungen.

Im NATO- und EU-Rahmen wird Estland als aktiver Partner beschrieben, der zur gemeinsamen Sicherheitszone beiträgt. Dazu zählen der Schutz demokratischer Kernwerte, die Abwehr von Terrorismus, Cyberkriminalität, Massenvernichtungswaffen und hybriden Bedrohungen. Die internationale Einbindung ist nicht nur politisch, sondern auch operativ relevant, etwa bei der Zusammenarbeit mit Partnerdiensten und im Austausch über Gefährder, Geldströme und Propagandnetzwerke.

Besonders hervorgehoben werden die Beziehungen zu Nachbarstaaten und nordischen Partnern. Genannt werden unter anderem Gespräche mit Finnland über hybride Bedrohungen und polizeiliche Kooperation sowie Abstimmungen mit Polen über Sicherheits- und Beschaffungsfragen. Auch die Rolle der Ostsee und der Schutz kritischer Unterwasserinfrastruktur werden in diesem Zusammenhang betont.

Die Quellen verweisen außerdem auf die Teilnahme Estlands an multilateralen Formaten wie der Anti-IS-Koalition. Hinzu kommen Kooperationen im Rahmen von Europol, Eurojust und EU-Rechtsakten zur Terrorismusbekämpfung und Rechtshilfe. Damit ist die internationale Zusammenarbeit sowohl präventiv als auch repressiv ausgerichtet.

# TERRORISMUSBEKÄMPFUNG ESTLAND



terrorismuswatch



Terrorismuswatch | #terrorism\_watch  
[www.terrorismuswatch.de](http://www.terrorismuswatch.de)  
[buero@terrorismuswatch.de](mailto:buero@terrorismuswatch.de)